

Fraktion der BürgerUnion im Rat der Stadt Soltau
Thorsten Schröder, stv. Fraktionsvorsitzender
Heidenhof 2, 29614 Soltau
Tel.: 05191-2738, Mobil: 0170-8347142
Email: kontakt@buergerunion.de

735. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Soltau am 21.05.2015

Rede zu Vorlage-Nr.: 21/2015: Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -Kollegen, Bürgerinnen und Bürger,

auch wir sind über das Defizit im uns vorliegenden Haushaltsplan 2015 nicht sehr erfreut. Es gilt jedoch an dieser Stelle sehr kritisch zu prüfen, wo die Ursachen für dieses erhebliche Defizit liegen und wie wir hiermit umgehen bzw. welche Gestaltungsspielräume wir diesbezüglich haben.

Bei genauerer Betrachtung wird sehr schnell klar, wo die Hauptprobleme liegen. Wir haben in Deutschland ein grundsätzliches, gravierendes Finanzstrukturproblem. In Bund und Land wird fleißig bestellt und immer mehr Aufgaben und somit Ausgaben von oben nach unten delegiert.

Leider werden die Kommunen, so auch unsere schöne Stadt Soltau, nicht mit den nötigen Finanzmitteln versorgt, um diese zahlreichen Aufgaben zu stemmen!? Dies habe ich selbst bereits mehrfach, zuletzt in der Finanzausschusssitzung am 06.05.2015, deutlich gesagt!

Von daher ist es schön, aktuelle und passende Unterstützung zu erhalten. :-)

So verspricht der SPD-Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel auf die Frage: Was bleibt für die Kommunen übrig? "Nicht weniger als eine Auflösung des Investitionsstaus..!" - und hat eine Kommission ins Leben gerufen, welche sich mit der Thematik beschäftigt hat.

Im letzten Kommunal-Newsletter vom 12.05.2015 wurde der Vorsitzende der von Gabriel ins Leben gerufenen Kommission, der Präsident des DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Prof. Marcel Fratzscher, zu den Ergebnissen interviewt. Der Artikel trägt die schöne Überschrift: "**Es ist genug Geld da**". Das Problem dabei ist nur, dass die Finanzen nicht richtig verteilt sind.

Ich zitiere: "...Daher unsere Empfehlungen: Als erstes brauchen die Kommunen mehr Geld - wir schlagen einen nationalen Investitionspakt für Kommunen vor, in dem der Bund den Kommunen in den kommenden 3 Jahren weitere 15 Mrd. Euro zur Verfügung stellen sollte. Langfristig erfordert dies auch eine grundsätzliche Neugestaltung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen - denn insgesamt ist genügend Geld vorhanden, es ist nur nicht immer richtig verteilt."

Alle führenden Volkswirte und Wirtschaftsfachleute sind gegen Steuererhöhungen - plädieren sogar für steuerliche Entlastungen. So führt auch Fratzscher auf die Frage der Verteilung aus: (Ich zitiere:) "Es geht in der Tat um die Frage der Verteilung. Eine **Steuererhöhung könnte nur dann Sinn machen, wenn man ein gesamtwirtschaftliches Problem hätte**, also der Staat insgesamt nicht genügend Geld zur Verfügung hätte um alle Ausgaben zu finanzieren. Aber in der jetzigen Situation haben wir den Luxus, dass Bund, Länder und Kommunen im kommenden Jahr vermutlich 25 Milliarden Euro Überschuss machen. Bei der Kommune haben wir aber eine große Anzahl, die Schulden macht. Gesamt betrachtet ist mehr als genug Geld für alle da. Es ist somit nur eine Frage der Verteilung, aber keine Frage, dass wir strukturell die Einnahmen erhöhen müssten."

Auch der Landkreis Heidekreis reiht sich hier ein. Allein aus der von den Städten und Gemeinden freiwillig vom Landkreis übernommenen Aufgabe der Kindertagesstätten resultiert für Soltau im Jahr 2015 ein erwartetes Defizit von ca. 3,2 Mio. € -Tendenz steigend. Ohne dieses Kita-Defizit hätten wir bereits seit mehreren Jahren einen ausgeglichenen Haushalt, ja sogar einen ordentlichen Haushaltsüberschuss. Aber der Landkreis kommt hier schlichtweg seiner Verantwortung nicht nach und versucht sich zu Lasten der Kommunen einseitig zu entschulden, während wir uns immer stärker verschulden müssen. Eine Entschuldung kann nach unserer Meinung nur im Gleichschritt geschehen, denn schließlich handelt es sich ja auch um die selben Bürgerinnen und Bürger!

Wir fordern bereits seit längerer Zeit, den Vertrag mit dem Landkreis zu kündigen um dann auf Augenhöhe zu verhandeln. Das Spiel -welches wir sicher alle noch aus unserer Kindheit kennen (?)- heißt "schwarzer Peter". Derzeitig halten wir den schwarzen Peter. Es wird Zeit, dass wir diesen an den Landkreis zurückgeben und zu einer für alle Seiten finanziell vertretbaren Lösung kommen!

Leider konnten sich CDU und SPD im letzten Jahr nicht dazu durchringen diesen konsequenten Schritt mitzugehen und wollten den Vertrag mit dem Landkreis nicht kündigen!

Natürlich wissen auch wir, dass eine Kündigung nunmehr erst zum 31.12.2017 möglich ist. Jedoch dürfte es auch vorher bereits Verhandlungsspielraum geben, wenn wir dem Landkreis gegenüber genau diese entschlossene Haltung vermitteln?!

Auch wenn dieser Haushalt ein erhebliches Defizit in Finanz- und Ergebnishaushalt ausweist, so ist es aus unserer Sicht strategisch der richtige Weg auf Steuererhöhungen zu verzichten und die notwendigen Investitionen durchzuführen. Wir können den von der Verwaltung vorgelegten Haushalt aus den genannten Gründen vollumfänglich mittragen - gerade weil er strategisch richtig ist!

Die von CDU und SPD eingebrachten Änderungsvorschläge finden bei uns keine Zustimmung. Wir haben uns von Anfang an klar positioniert und lehnen Steuererhöhungen und die Rückstellung von Investitionen ab. In der Finanzausschusssitzung vom 6.5.2015 haben wir unsere Positionen bereits dezidiert vorgetragen und begründet. Diese decken sich weitestgehend mit der von Bürgermeister Helge Röbbert in selbiger Sitzung vorgetragenen Stellungnahme, welche mittlerweile jedem Ratsmitglied vorliegt.

Um Wiederholungen zu vermeiden verweise ich an dieser Stelle vollumfänglich auf diese Stellungnahme und beschränke mich auf das Wesentliche und Ergänzungen. Zu den einzelnen Vorschlägen positionieren wir uns wie folgt:

1. Verbesserung der Einnahmesituation:

Natürlich wehren wir uns nicht gegen eine Verbesserung der Einnahmesituation. Diese muss jedoch aus Steuerkraft kommen und darf nicht aus Steuererhöhungen resultieren.

Grundsteuer: Da die **Grundsteuern** zu den umlagefähigen Nebenkosten gehören verteuert eine Anhebung der Grundsteuern jedem einzelnen Soltauer Bürger –egal ob Mieter oder Eigenheimbesitzer- das Wohnen und erhöht bei den Betrieben die Kosten.

Bereits jetzt wird jeder Soltauer Bürger mit durchschnittlich 178 € Grundsteuer belastet. Durchschnittlich werden in Niedersachsen 152 € erhoben. Damit liegt Soltau schon jetzt 26 € bzw. 18 % über dem Landesdurchschnitt.

Gewerbsteuer: Soltau steht bei betrieblichen Neuansiedlungen mit anderen Städten und Gemeinden in einem Standortwettbewerb. Die **Gewerbsteuersätze** sind ein wichtiger Standortfaktor. Eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze belastet bestehende Betriebe und verschlechtert unsere Wettbewerbsposition im Bereich der Neuansiedlungen. Zudem ist zu bedenken, dass nur ein kleiner Teil der Gewerbesteuern in Soltau bleibt. Der größte Anteil geht an Kreis und Land. Wir sanieren damit also nicht Soltau, sondern **-zu Lasten unserer Bürger-** insbesondere den Landkreis Heidekreis und das Land Niedersachsen!

Für Betriebe bedeutet die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern eine Doppelbelastung. Diese durch Steuern und Abgaben getriebenen Kostenerhöhungen müssten – sofern dies vor dem Hintergrund eines scharfen Wettbewerbs überhaupt möglich ist - an die Verbraucher, somit an alle Bürger, weitergegeben werden, was zu einer weiteren Verteuerung und Kostenbelastung führt.

Auch mit Blick auf die momentan nicht besonders rosige Situation in der Marktstraße halten wir diese Steuererhöhungen für sehr bedenklich. Zudem ist zu beachten, dass die letzte Erhöhung der Hebesätze von 330 auf 350%, mithin um ca. 6%, aus dem Jahr 2011 datiert. Wenn diese Sätze nun auf 380% angehoben würden, dann entspräche das einer Erhöhung um gut 15% (15,1515..%) in nur 5 Jahren!

Bisher nicht erwähnt wurde die in Soltau bereits seit einigen Jahren bestehende **Fremdenverkehrsabgabe**. Es handelt sich hier ja auch um eine **Gewerbe-Sonder-Steuer**, welche von allen Betrieben zu tragen ist, obwohl etliche Betriebe zahlreicher Branchen durch den Fremdenverkehr keine Vorteile haben. Somit ist diese Abgabe bereits vielen Unternehmern ein „Dorn im Auge“!?

Kartensteuer: Die Kartensteuer wurde erst vor wenigen Jahren eingeführt. Wir sind gegen jegliche Erhöhung. Eine Erhöhung um 66,67% halten wir zudem für unangemessen und juristisch bedenklich. Ohnehin lockt diese Sondersteuer für Karten nicht gerade zukünftige, potenzielle Investoren nach Soltau. Bei den betroffenen Betrieben käme es zudem zu einer 3-fach-Belastung!

Es ist noch zu ergänzen, dass ab 1.1.2015 bereits der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 €/Stunde eingeführt wurde. Wir halten diesen Mindestlohn in der Sache zwar für grundsätzlich richtig. Es ist jedoch an dieser Stelle zu bedenken, dass dadurch insbesondere Betriebe mit Aushilfs- bzw. Saisonkräften bereits erheblich belastet wurden.

Wie der gestrigen Böhme-Zeitung (20.05.2015) zu entnehmen war haben sich zum Thema Steuererhöhung bereits die Soltauer Kaufleute, vertreten durch die IHG Interessengemeinschaft Handel und Gewerbe sowie die Interessengemeinschaft Almhöhe, und die Geschäftsführung des Heide-Parks deutlich kritisch zu Wort gemeldet. Aus unserer Sicht völlig zu Recht. Wir können die vorgebrachten Argumente sehr gut nachvollziehen.

Im Ergebnis sind diese von CDU und SPD geplanten Steuererhöhungen absolut kontraproduktiv für Soltaus Zukunft und abzulehnen!

Spielgerätesteuern: Eine Erhöhung der Spielgerätesteuern sehen wir durchaus positiv. Im Haushaltsplan ist bereits vorgesehen, diese von 10 auf 12% und somit um 20% zu erhöhen. Diese Erhöhung sehen wir jedoch nicht unter dem Gesichtspunkt einer Steuererhöhung, sondern vielmehr als strukturpolitische Maßnahme. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Soltau (leider) führend in der Dichte der Spielhallen ist. Jedoch weisen wir hier explizit auf die juristische Beurteilung der Verwaltung hin. Eine Erhöhung von 10 auf 18% könnte bedenklich sein und Klagen auslösen. Daher sollte hier ggf. maßvoll und stufenweise angehoben werden.

2. Investitionen

Die Zurückstellung von Investitionen halten wir vor dem Hintergrund historisch niedriger Zinsen und dem Wegbrechen der städtischen Infrastruktur für einen großen Fehler.

Beispiel Carl-Benz-Straße: Auch wenn man kein Straßenbauexperte ist, kann jeder Bürger unschwer erkennen, dass diese Straße –so man diese Schlaglochpiste überhaupt noch als Straße bezeichnen darf (?)- „am Ende“ ist. Sie erinnert eher an eine Kette, Loch an Loch und hält doch, noch?! Hier besteht –so wie bei einigen Soltauer Straßen, z. B. der Weinligstraße, um nur eine weitere Straße zu nennen, dringender Handlungsbedarf. Da wir als Stadt eine **Verkehrssicherungspflicht** haben, ist kurzfristiges Handeln unumgänglich.

Wir haben somit nun 2 Möglichkeiten:

- 1.) **Kurzfristige Ausbesserungsmaßnahmen:** Eine notdürftige Reparatur, welche man auch als „**Flickschusterei**“ bezeichnen könnte, kostet uns mehrere zehntausend Euro. Eine erhebliche Summe, welche den Ergebnishaushalt kurzfristig ohnehin stark belastet. Vermutlich ist dieses Geld spätestens nach dem nächsten Winter verbrannt und trägt in keinsten Weise zur Substanzerhaltung unserer Straße bei.
- 2.) **Vollständige Sanierung:** Diese Maßnahme ist im Haushalt mit ca. 1,4 Mio. € veranschlagt, was zugegebenermaßen eine Menge Geld ist. Der städtische Anteil beträgt nach Informationen der Verwaltung 585 TEUR. 815 TEUR werden somit auf die Anlieger umgelegt.

Hier ist zu bedenken, dass diese Maßnahme kurz- bis mittelfristig ohnehin unumgänglich ist. Wir können lediglich den Zeitpunkt um eine überschaubare Zeit von vielleicht 1-3 Jahren nach hinten schieben - so wie wir es in den letzten Jahren, wegen der prekären Haushaltssituation, bereits mit einer Reihe von Maßnahmen getan haben.

Zudem wirkt sich eine Verschiebung der Maßnahme kostenerhöhend aus. Wir sollten diese Maßnahme jetzt im Haushaltsplan beschließen und die Ausschreibung zu einem noch günstigen Zeitpunkt starten. Dies lässt uns -wie von unserem ersten Stadtrat Wolfgang Cassebaum in der FA-Sitzung am 6.5.2015 vorgetragen- ggf. weiteren Verhandlungsspielraum mit den anbietenden Straßenbaufirmen?!

Da die Zinsen momentan historisch niedrig sind, ist eine Refinanzierung zu extrem günstigen Zinssätzen möglich. Die Mehrheit der Volkswirtschaftler und Finanzexperten geht bei Ihren mittel- bis langfristigen Zinsprognosen davon aus, dass die Zinsen steigen werden. Da ein Spielraum nach unten nicht gegeben zu sein scheint, dürften diese Prognosen mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit auch eintreten. Im Falle einer Maßnahmenverschiebung würden wir im Ergebnis allen **Anliegern und** unserer **Stadt** einen **erheblichen finanziellen Schaden zufügen!**

Bereits in der Finanzausschusssitzung am 6.5.2015 haben wir Ihnen die Folgen einer Zinssteigerung finanzmathematisch berechnet und die von uns angestellten Berechnungen verteilt, sowie dem Protokoll anhängen lassen. Im Ergebnis kosten eine Zinssteigerung von 0,50% ca. 80 TEUR, 1,00% ca. 160 TEUR und eine Steigerung von 1,50% ca. 240 TEUR, nur für diese eine Maßnahme. Und der so verursachte Zinsschaden träfe sowohl die Stadt, überwiegend jedoch die Anlieger!

Unterstellt, dass wir alle das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger im Blick haben, dürfen wir dies nicht zulassen. **Wir dürfen unsere schöne Stadt nicht kaputt sparen!**

Wir gehen an dieser Stelle sogar noch einen Schritt weiter. Wir sollten sehr genau prüfen, welche Maßnahmen in den nächsten 1 – 3 Jahren ohnehin auf uns zukommen und vor dem Hintergrund historisch niedriger Zinsen **j e t z t** diese Chance nutzen um den bestehenden Investitionsstau zu beseitigen, ggf. sogar Maßnahmen vorziehen. Dies belastet zwar kurzfristig den Finanzhaushalt, dürfte jedoch sehr schnell signifikante Einsparungen im Bereich der Instandhaltung und somit im Ergebnishaushalt bringen, sowie mittel- bis langfristig die Entschuldung positiv beeinflussen. Eine Verschiebung notwendiger Investitionen wäre falsch und führt unter dem Strich mittel- bis langfristig nur zu einer Verschlechterung des Ergebnisses!

Selbstverständlich sind sämtliche Maßnahmen stets auf mögliche öffentliche Förderungen zu prüfen. Dies wird jedoch ohnehin schon gemacht und die Verwaltung hat bereits häufig bewiesen, dass Sie auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit leistet. Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren erhebliche Fördermittel nach Soltau geflossen. Hier seien beispielhaft nur die ISEK-Projekte genannt.

Das ideologische Streben nach der schwarzen Haushaltsnull, also einem kurzfristig ausgeglichenem Haushalt, ist nicht zielführend. Ganz im Gegenteil: Das ist Kontraproduktiv und bringt uns mittel- bis langfristig nicht voran, wirft uns vermutlich sogar entscheidend zurück?!

Es gilt **j e t z t** die strategisch richtigen Entscheidungen zu treffen und somit die Weichen für eine erfolgreiche Entwicklung von Soltau und seinen Ortschaften zu stellen!!!

Im übrigen wäre es das völlig **falsche Signal** nach oben. Es gleicht geradezu einer Aufforderung - nur weiter so. Ihr in Berlin und Hannover könnt weiter fleißig bestellen und die Kommunen werden schon für die Finanzierung sorgen!?

Wir machen diesen **finanz- und wirtschaftspolitischen Unsinn** nicht mit!!!

Wir sind nicht bereit unseren Soltauer Bürgern für eine verfehlte Finanzpolitik noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen!

Aus diesen genannten Gründen stehen wir hinter dem von der Verwaltung eingebrachten Haushalt und lehnen die von CDU und SPD beantragten Änderungen ab!

Es bleibt bei der gleich folgenden Abstimmung über den Haushalt 2015 nur zu hoffen, dass es innerhalb der großen Koalition aus CDU und SPD ausreichend „Abweichler“ –wie Sie innerparteilich genannt werden- gibt, um diesen finanz- und wirtschaftspolitisch destruktiven Irrweg zu beenden, denn sonst, wird es heute ein schlechter Tag für Soltau?!

Wir bedanken uns bei der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Helge Röbbert und dem Ersten Stadtrat Wolfgang Cassebaum für die gute Zusammenarbeit!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.